



Detailansicht des Registereintrags

Miele & Cie. KG

Aktuell seit 18.02.2026 14:18:35

Kommanditgesellschaft (KG)

Registernummer: R006183

Ersteintrag: 15.08.2023

Letzte Änderung: 18.02.2026

Letzte Jahresaktualisierung: 30.06.2025

Tätigkeitskategorie: Sonstiges Unternehmen

Kontaktdaten: Adresse:

Regulatory Affairs
Carl-Miele-Str. 29
33332 Gütersloh
Deutschland

Telefonnummer: +495241890

E-Mail-Adressen:

hauptstadtbuero.berlin@miele.de

Webseiten:

<https://www.miele.com>

Hauptstadtrepräsentanz:

Miele Hauptstadtbüro Berlin
Unter den Linden 40
10117 Berlin

Telefonnummer: +495241894211

E-Mail-Adresse: hauptstadtbuero.berlin@miele.
de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

150.001 bis 160.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,65

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dr. Markus Miele

Funktion: Geschäftsführer

2. Dr. Reinhart Zinkann

Funktion: Geschäftsführer

3. Dr. Stefan Breit

Funktion: Geschäftsführer

4. Rebecca Steinhage

Funktion: Geschäftsführerin

5. Dr. Axel Kniehl

Funktion: Geschäftsführer

6. Stefan Koss

Funktion: Geschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. Christoph Wendker

2. Martin Löhe

3. Tilman Rüschen

4. Peter Jost

5. Dr. Brömmelhaus Andreas

6. Marc Küllmann

7. Bernd Rohde

8. Dr. Reinhart Zinkann

Mitgliedschaften (13):

1. ZVEI e. V. - Verband der Elektro- und Digitalindustrie

2. Bitkom e.V.

3. Markenverband e.V.

4. Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) e.V.

5. SPECTARIS. Deutscher Industrieverband für Optik, Photonik, Analysen- und Medizintechnik e.V.

6. DIN Deutsches Institut für Normung e.V.
7. figawa - Bundesvereinigung der Firmen im Gas- und Wasserfach e.V.
8. HEA-Fachgemeinschaft für effiziente Energieanwendung e.V.
9. Verband der Deutschen Dental-Industrie e.V. (VDDI)
10. VIK - Verband der Industriellen Energie- & Kraftwirtschaft e.V.
11. TecPart e.V.
12. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
13. Die Familienunternehmer e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (13):

Außenwirtschaft; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Werbung; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Als führender Anbieter von Premium-Haushaltsgeräten sowie gewerblichen Geräten mit acht Produktionsstandorten in Deutschland bringt Miele eigene Expertise und technisches Wissen in den politischen Meinungsbildungsprozess ein. Thematisch liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit auf den Themen Umwelt, Industrie, Technologie und Gesellschaft. Für den Zweck der Interessenvertretung unterhält Miele Kontaktbüros in Berlin und Brüssel und führt Gespräche mit politischen Stakeholdern sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene. Zusätzlich engagieren wir uns in verschiedenen Verbänden.

Zu unseren Adressaten auf deutscher Ebene gehören grundsätzlich die Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung, sowie die Arbeitsebene der Bundesministerien und Bundesbehörden. Im Zentrum unserer Bemühungen steht der konstruktive Austausch, in dem wir unsere Sicht aus der Praxis und möglichst auch Lösungsansätze vermitteln, um so zu einer guten Grundlage für die politische Entscheidungsfindung beizutragen. Dies tun wir primär in Gesprächen, erarbeiten und übermitteln in Einzelfällen aber auch Positionspapiere und Stellungnahmen zu konkreten Regelungsvorhaben. Zu unserer politischen Arbeit gehört auch, dass wir für Anfragen politischer Stakeholder bereitstehen, um unsere fachliche Einschätzung z.B. zu technischen Fragestellungen zu teilen.

Konkrete Regelungsvorhaben (8)

1. Anpassung der Green Claims Directive hinsichtlich ausdrücklicher Umweltaussagen

Beschreibung:

Einführung von Mindestanforderungen an die Begründung und Kommunikation umweltbezogener Angaben; Ziel ist es, Greenwashing vorzubeugen, Verbrauchern größere Klarheit zu geben und Unternehmen, die echte Anstrengungen zur Verbesserung der Umweltverträglichkeit ihrer Produkte unternehmen, zu unterstützen.

Aus Mieles Perspektive sollte jede Art von Green Claim durch eine geeignete, zuverlässige und überprüfbare Methode gestützt werden. Die Bewertung sollte solide sein und auf anerkannten wissenschaftlichen Erkenntnissen und dem neuesten Stand der Technik beruhen. Nach Möglichkeit sollten bereits bestehende, anerkannte Standards genutzt werden können.

Betroffenes geltendes Recht:

UWG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Werbung [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

2. **Änderung der nationalen Umsetzung der EU-Richtlinie hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen**

Beschreibung:

Der Referentenentwurf sieht vor, die europäischen Vorgaben zur Nachhaltigkeitsberichterstattung 1:1 umzusetzen. Unternehmen werden dadurch künftig verpflichtet, zusammen mit ihrem Jahresabschluss eine Nachhaltigkeitsinformation bereitzustellen. Damit soll der Umgang von Unternehmen mit Nachhaltigkeitsrisiken und Nachhaltigkeitsauswirkungen über die gesamte Wertschöpfungskette transparenter gemacht werden.

Miele setzt sich dafür ein, dass Angaben nicht nur durch Wirtschaftsprüfer geprüft werden können, sondern auch durch sogenannte ""unabhängige Prüfdienstleister"". Bei den Übergangsregelungen für das LkSG sollten doppelte Berichtspflichten vermieden werden - und das nicht nur für kapitalmarktorientierte Unternehmen, sondern auch für Familienunternehmen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

HGB [alle RV hierzu]; LkSG [alle RV hierzu]; AktG [alle RV hierzu]; WpHG [alle RV hierzu]; PublG [alle RV hierzu]; HGBEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

3. Erweiterung des Anwendungsbereichs des CO2-Grenzausgleichsmechanismus

Beschreibung:

Der CO2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) der EU ist das Instrument der EU, um den bei der Herstellung kohlenstoffintensiver Güter, die in die EU gelangen, emittierten Kohlenstoff fair zu bepreisen und eine sauberere industrielle Produktion in Drittländern zu fördern.

Die Kommission wird bis Ende 2024 einen Bericht zu ihren Prioritäten bei der Weiterentwicklung von CBAM veröffentlichen. Dazu gehört auch die Erweiterung des Anwendungsbereichs, der sich aktuell auf Grundstoffe und -materialien beschränkt.

Miele setzt sich für die Erweiterung des Anwendungsbereichs um komplexe Produkte wie Haushaltsgeräte ein, um Wettbewerbsnachteile europäischer Hersteller gegenüber den Importen nicht-europäischer Herstellern zu verhindern.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- SG2411200024 (PDF - 2 Seiten)**

Adressatenkreis:

Bundesregierung
Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

4. Einführung einer nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie

Beschreibung:

Als Rahmenstrategie der Bundesregierung, verankert im Koalitionsvertrag, soll die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) zur sicheren Rohstoffversorgung und zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen.

Die NKWS mit dem Leitbild der ""Circular Economy"", wie auch im EU-Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft (Green Deal) aufgeführt, soll dabei Ziele und Maßnahmen relevanter Strategien zum zirkulären Wirtschaften und zur Ressourcenschonung zusammenführen.

Miele setzt sich für ein Abfallregime mit Herstellerprivilegien bei grenzüberschreitenden Konzepten und Geschäftsmodellen ein, um Herstellerbemühungen um Produktanglebigkeit und Abfallvermeidung im EU-Binnenmarkt nicht zu gefährden.

Betroffenes geltendes Recht:

KrWG [alle RV hierzu]; ElektroG2015ÄndG 1 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

5. Einsatz für einen verantwortungsvollen und risikobasierten Umgang mit PFAS

Beschreibung:

Ohne per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) sind Schlüsseltechnologien für die Transformation zur ressourceneffizienten und klimaschonenden Wirtschaft nicht länger verfügbar. Auch dem vermehrten Einsatz von Recyclingkunststoffen steht ein pauschales PFAS-Verbot entgegen.

Es ist entscheidend, Chemikalien risikobasiert zu regulieren. Der aktuelle pauschale Regulierungsansatz bei PFAS, wie im REACH Beschränkungsdossier von 2023 dargelegt, führt zu Planungsunsicherheit und der Verlagerung von Fertigungsprozessen in andere Teile der Welt.

Das aktuelle Dossier erfordert eine umfassende Überarbeitung. Hierzu sollte es zurückgezogen und schrittweise neu eingereicht werden, wobei die Priorität auf den Risiken, Emissionen und der Exposition der Stoffe sowie ihren Anwendungen liegt.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9736 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Vorteile von per- und polyfluorinierten Alkylsubstanzen weiter nutzen - Wertschöpfung erhalten - Gesundheit und Umwelt schützen

Betroffenes geltendes Recht:

ChemG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2411200023 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

6. Anpassung der EU Entwaldungs-Verordnung (EUDR)**Beschreibung:**

Miele setzt sich ein für eine Klärung von noch offenen Umsetzungsfragen der EU-Verordnung sowie für die Forderung nach einem Aufschub der Anwendung der EUDR, um angemessene Vorbereitungszeit für die betroffenen Unternehmen (Marktteilnehmer und Händler) zu gewähren und so nicht-intendierte Disruptionen der Lieferketten europäischer Unternehmen zu vermeiden.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2411200025 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

7. Umsetzung der EU-Richtlinie zum Recht auf Reparatur in deutsches Recht**Beschreibung:**

Wir begrüßen den ausgewogenen Richtlinientext und befürworten die Reparaturkultur weiter zu stärken, flankiert u.a. durch eine Verankerung der Prinzipien „Reparatur vor Ersatz“ und „Repair as produced“. Miele setzt sich in diesem Kontext für eine praxisnahe 1:1-Umsetzung der EU-Vorgaben in nationales Recht ein, um einer etwaigen Rechtszersplitterung im EU-Binnenmarkt entgegenzuwirken. Wir wirken darauf hin, dass insbesondere die neuen Vorschriften zu Informationspflichten rechtssicher umgesetzt werden.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

8. Senkung der Stromsteuer

Beschreibung:

Miele setzt sich dafür ein, dass die im Koalitionsvertrag angekündigte Senkung der Stromsteuer für alle Verbrauchergruppen und nicht nur für das produzierende Gewerbe gilt.

Betroffenes geltendes Recht:

StromStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (6):

1. BAFA Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro

Bundesförderung für effiziente Gebäude

2. BMBF Bundesministerium für Bildung und Forschung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 470.001 bis 480.000 Euro

Projektförderung F&E-Projekte

3. Hauptzollamt Bielefeld / Generalzolldirektion

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Bielefeld

Betrag: 1.360.001 bis 1.370.000 Euro

Entlastung Energiesteuer

4. Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Düsseldorf

Betrag: 180.001 bis 190.000 Euro
Projektförderung F&E-Projekte

5. **BMWK Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro
Projektförderung F&E-Projekte

6. **BAFA Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 270.001 bis 280.000 Euro
Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Miele-Cie-KG_Jahresabschluss-2024.pdf